



Haupt- und Medienausschuss

14. Sitzung (öffentlich)

7. April 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:15 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD) (Vorsitzender);
Oliver Keymis (GRÜNE) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)

5

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1068 – Neudruck

Der Ausschuss kommt überein, zunächst die zu diesem Thema verabredeten interfraktionellen Gespräche mit dem Ziel einer gemeinsamen Gesetzesinitiative abzuwarten und sodann in die weitere Beratung einzutreten.

2 Parlament stärker in die Verhandlung zu Staatsverträgen einbeziehen 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1321

Der Ausschuss verständigt sich auf folgendes Verfahren:

Die Landtagsverwaltung wird beauftragt, einen kleinen Reader mit einer Übersicht über die Behandlung der Staatsverträge in den Parlamenten der Bundesländer und den dort festgelegten Parlamentsinformationsrechten sowie mit den wesentlichen einschlägigen Dokumenten zumindest aus den beiden vorangegangenen Legislaturperioden zusammenzustellen.

Der Ausschussvorsitzende will das Gespräch mit dem Landtagspräsidenten suchen, um ihm vorzuschlagen, das übereinstimmend skizzierte Beratungsverfahren – vorrangige Befassung mit dem Komplex „Parlamentsinformations- und -beteiligungsrechte – zu wählen.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1321 wird bis auf Weiteres zurückgestellt.

3 „Austausch des Kreuzes durch eine rote Fahne auf dem Obelisk der Gedenkstätte Stammlager 326 VI K Senne“ 9

Vorlage 15/543

– Bericht der Landesregierung

Nach kontroverser Diskussion einigt sich der Ausschuss darauf, einen Konsens mit der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in Deutschland und der Botschaft der Russischen Föderation zur künftigen Gestaltung der Gedenkstätte Stammlager 326 VI K Senne anzustreben. Zudem soll ein Augenmerk auf weitere Gedenkstätten der Erinnerungskultur gelegt werden.

4 Für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Mehr Qualität statt Kommerz soll das Programm bestimmen 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1320

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zu diesem Punkt erst nach Auswertung der Anhörung zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag durchzuführen.

5 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine Diskussion und verständigt sich darauf, sich an der vom Innenausschuss zu diesem Gesetzentwurf geplanten Anhörung am 9. Juni 2011 nachrichtlich zu beteiligen.

6 Verschiedenes 29

a) Sachstand Glücksspielstaatsvertrag 29

b) Medienforum Nordrhein-Westfalen vom 20. bis 22. Juni 2011 32